

WDR online vom 15.04.2015, S. 4

Viele offene Fragen vor neuem Flüchtlingsgipfel

Von Martin Teigeler

Die Landesregierung lädt am Mittwoch (15.04.2015) zu einem zweiten "Flüchtlingsgipfel". Opposition, Kommunen, Kirchen und Sozialverbände sind dazu in die Staatskanzlei eingeladen. Ein wichtiges Thema: Was ist vom ersten Gipfel im Oktober überhaupt umgesetzt worden?

Wenn Politiker vor einem schwierigen Problem stehen, berufen sie gern einen "Gipfel" ein. Am Mittwoch (15.04.2015) findet in Düsseldorf ein "Flüchtlingsgipfel" statt. Um 12 Uhr kommen die Teilnehmer in der Düsseldorfer Staatskanzlei zusammen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte alle wichtigen Akteure zu einem zweiten Gipfel in die Düsseldorfer Staatskanzlei geladen - nach einem ersten Treffen im Oktober in Essen. Nach Angaben eines Regierungssprechers werden neben Kraft unter anderem auch Vize-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Grüne) sowie Innenminister Ralf Jäger (SPD) an dem Gespräch teilnehmen. Eingeladen sind auch Politiker aller Landtagsfraktionen, Kirchenvertreter, die kommunalen Spitzenverbände, Betreiber von Flüchtlingsheimen und Flüchtlingshilfe-Organisationen. Es wird mit einem mehrstündigen Gespräch über die vielfältigen Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung in NRW gerechnet.

nicht das erste Spitzentreffen dieser Art. Bereits im Oktober 2014 hatte es in Essen eine solche Gesprächsrunde von Landesregierung, Opposition, Flüchtlingsinitiativen und Kirchen gegeben - kurz nach dem Misshandlungsskandal von Burbach. Auch in Berlin war zu einem Gipfel geladen worden. Die Versprechungen waren stets vollmundig. Trotz steigender Flüchtlingszahlen will die Politik eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber gewährleisten - und Missstände abstellen. Doch mehr als sieben Monate nach dem Skanda sind die Probleme so vielschichtig, dass ein neuer Gipfel her muss.

Prügelvorwürfe gegen Security-Mitarbeiter

Auslöser der politischen Gipfel-Betriebsamkeit war der Ende September 2014 bekannt gewordene Misshandlungsskandal. In Flüchtlingsheimen des Landes in Burbach, Essen und Bad Berleburg sollen Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste Flüchtlinge misshandelt haben. Staatsanwaltliche Ermittlungen laufen bis heute. Der Skandal löste eine Debatte über das gesamte System der Flüchtlingsunterbringung aus.

Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl kritisieren seit Jahren beispielsweise menschenunwürdige Sammellager für Asylbewerber. Mittlerweile hat sich die Asyldebatte wieder stärker zu einem Kostenstreit zwischen Bund, Ländern und Kommunen entwickelt.

"Ich nehme der Landesregierung ab, dass sie Lage der Flüchtlinge verbessern will. Wobei es dabei nicht nur um reine Menschenfreundlichkeit geht, sondern auch um politische Taktik", sagte die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, Birgit Naujoks, dem WDR. Sie nimmt an dem Gespräch in Düsseldorf teil. Sie will "einige offene Fragen und ungeklärte Punkte" ansprechen. Zentrale Beschlüsse des ersten Gipfels in Essen seien noch nicht umgesetzt worden. Das Ziel von Innenminister Ralf Jäger (SPD), im Land NRW eine "Willkommenskultur" umzusetzen, sei längst nicht erreicht. Naujoks kritisierte unter anderem, dass NRW nach wie vor auf große Sammelunterkünfte setzt. Hilfsorganisationen fordern eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

"Es ist immerhin einiges auf den Weg gebracht worden wie zusätzliche Unterbringungsplätze", sagt die Geschäftsführerin. Aber zur Zusage, rund 300 Lehrer für den Unterricht von Flüchtlingskindern einzusetzen, habe sie beispielsweise bislang "keinen neuen Stand". Weitere Punkte: In den Flüchtlingsheimen

gebe es zwar mehr Kontrollen, aber dabei würden nur "bürokratische Checklisten" abgehakt - zur Anzahl der Toilettenräume und dergleichen. Ein mit Kompetenz ausgestatteter "Beschwerdemanager", an den sich Asylbewerber in Notfällen wenden können, sei noch immer nicht installiert worden, kritisiert Naujoks. Beim Düsseldorfer Gipfel wolle sie auch auf die Einhaltung von Standards drängen. Es könne nicht sein, dass Flüchtlinge aus dem Kosovo gesammelt in Turnhallen untergebracht würden.

Fragen nach Kosten und Jobchancen

Auch die Opposition im Landtag hat einen langen Forderungskatalog an Rot-Grün. "Weiterhin leistet die Landesregierung einen unzureichenden Beitrag für eine humanitäre Unterbringung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen", sagt CDU-Fraktionsvize André Kuper.

Rot-Grün dürfe nicht immer nur nach Bundesgeldern rufen. Obwohl rechtlich bis zu drei Monate möglich sind, reiche das Land die Flüchtlinge aus seinen Erstaufnahme-Einrichtungen schon nach durchschnittlich 14 Tagen an die Kommunen weiter, rügt Kuper. Manche

Asylbewerber seien dann noch nicht einmal medizinisch untersucht und registriert worden. Die Kommunen

würden teils auf den Kosten sitzen bleiben. Die CDU fordert die Einrichtung von mindestens 15.000 Regelplätzen in den Landes-Einrichtungen sowie 2.500 Notfallplätze. Das Ziel der Regierung von 10.000 Regelplätzen sei unzureichend. Bisher erreicht ist laut Innenministerium die Zahl von etwa 8.000 Regelplätzen.

Nur ein "lästiger Pflichttermin"?

Die Piraten fordern "endlich verbindliche Standards für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in ganz NRW". Nicht nur für Unterkünfte des Landes, sondern auch für die Flüchtlingsheime der Kommunen müssten diese Standards gelten. "Fehlende Gelder dürfen kein Grund sein, Flüchtlinge nicht menschenwürdig unterzubringen", sagt der Piraten-Abgeordnete Frank Herrmann. FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp ermahnt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), der Düsseldorfer Gipfel dürfe für die Regierungschefin kein "lästiger Pflichttermin" sein. Wichtige Fragen etwa zum Umgang mit Geduldeten sowie zu den Jobchancen für Asylbewerber stünden an. Für die Landesregierung erklärt Integrationsminister Guntram Schneider (SPD): "Wir erwarten vom Bund eine weitere Unterstützung der Kommunen. Daran führt kein Weg vorbei." Um die Unterbringung von Asylbewerbern zu sichern, seien "unorthodoxe Entscheidungen" nötig.